



VOLLGELD
INITIATIVE

FÜR KRISENSICHERES GELD:
GELDSCHÖPFUNG ALLEIN
DURCH DIE NATIONALBANK!



Wie passt die Vollgeld-Initiative zu den finanz- und wirtschaftspolitischen Forderungen der Grünen?

Die Grünen erkennen die Notwendigkeit grundlegender Reformen in den Finanzmärkten. Gefordert werden krisensichere und nachhaltige Finanzmärkte und eine transparente und demokratisch besser legitimierte Nationalbank. Die Jungen Grünen haben sich bereits 2012 mit [einem Positionspapier für eine Vollgeldreform](#) ausgesprochen. Und auch die Mutterpartei will eine Reform der Geldschöpfung überprüfen. Mit der Vollgeld-Initiative ergibt sich nun die Möglichkeit dazu! Banken schöpfen heute Geld, indem sie Kredite vergeben. Die exzessive Geldschöpfung der Banken treibt die reale Wirtschaft dazu an, ständig mitzuwachsen, weil das neugeschöpfte Geld in zusätzliche Güter und Dienstleistungen eingelöst werden muss. Die Realwirtschaft kann das exzessive Wachstum der Geldmenge jedoch nur teilweise abfangen: Heute fließt rund 80% des neu geschöpften Geldes auf direktem Wege in die Finanzmärkte und erzeugt dort gigantische Finanzblasen.

- Die Vollgeld-Initiative ändert dies: Banken können nicht mehr selbst Geld erzeugen. Einzig die Nationalbank bringt Geld schuld-, zins- und tilgungsfrei in Umlauf. Die Realwirtschaft wird von einem starken Wachstumstreiber befreit, denn einerseits kann die Nationalbank wieder effektiv eine vorrausschauende Geldpolitik betreiben, und andererseits muss sich niemand mehr verschulden, damit überhaupt neues Geld geschöpft werden kann.
- Neues Geld gelangt direkt per Staatsausgaben oder Bürgerdividende in die Realwirtschaft und ermöglicht dort nachhaltiges Wachstum für die Unternehmen. Das Eigenkapital der Unternehmen wird langfristig gestärkt.
- Die Vollgeld-Initiative erweitert die Möglichkeiten des Gesetzgebers, die Finanzmärkte zu ordnen. So könnten ethische Kriterien zur Kreditvergabe erlassen werden, womit fragwürdige Rohstoff- sowie Nahrungsmittelspekulationen unterbunden werden könnten.

Im Folgenden werden die finanz- und wirtschaftspolitischen Forderungen der Grünen in einen Bezug zur Vollgeld-Initiative gestellt. Es wird gezeigt, welchen Beitrag die Vollgeld-Initiative zur Verwirklichung dieser politischen und ökonomischen Ziele zu leisten vermag.

Für eine Grüne Wirtschaft – mit einem gesunden Geldsystem!

Die wirtschaftspolitische Agenda der Grünen ist geprägt von Ansätzen, die sich für eine nachhaltige, ressourceneffiziente sowie umweltverträgliche Wirtschaftsweise einsetzen. Mit der Initiative „Für eine Grüne Wirtschaft“ wird die Umpolung des ökonomischen Anreizrahmens eingefordert, damit Unternehmen für ökologisches Handeln belohnt werden. Die Grünen sind überzeugt, dass *„Wirtschaftswachstum, das auf weiterer Ausbeutung der natürlichen Ressourcen basiert, definitiv ein Auslaufmodell ist“* (Wahlplattform 2015, S. 6). Im Zentrum dieser Anliegen stehen die Befreiung vom Wachstumszwang und die Rückkehr zu einer langfristig tragfähigen Wirtschaftsweise. Die Initiative für eine Grüne Wirtschaft schafft die notwendigen ökologischen Rahmenbedingungen für

eine nachhaltige Transformation. Eine der Ursachen des heutigen Wachstumszwanges liegt beim Geldsystem.

Unsere heutige Geldwirtschaft unterliegt einem Wachstumszwang. Dieser entsteht dadurch, dass sich das Wachstum der Geldmenge über die Investitionstätigkeit der Unternehmen in reales Wachstum verwandelt und schliesslich über das Wachstum der Gewinne in weitere reale Geld- und Wertschöpfung verwandelt. Eine laufende Geldschöpfung ist daher eine wichtige Vorbedingung für anhaltendes Wachstum. Umgekehrt droht ohne Wachstum aber eine Schrumpfung der Wirtschaft. Dies hängt damit zusammen, dass ohne Wachstum und Gewinne der Wert der Investitionen sinkt und Schulden nicht mehr bedient werden können. Im heutigen System bestimmen die Banken die Geschwindigkeit und den Umfang der Geldschöpfung und damit des Wachstums. **Von ihrer Kreditvergabe hängt vieles ab. Wenn Banken Kredite vergeben, schöpfen sie Geld.** Dieses Bankengeld macht mittlerweile fast 90% des umlaufenden Geldes in der Schweiz aus. Anders formuliert besteht unser Geld fast gänzlich aus Krediten und Schulden – und die müssen ständig verzinst sowie eines Tages getilgt werden. **Wir haben es heute mit einem geldbedingten Wachstumszwang zu tun, der durch eine hohe Verschuldung und den damit verbundenen Zinslasten noch verstärkt wird.**

Ein ökologisch und sozial verträgliches Wirtschaftswachstum wird heute zudem betriebs- wie volkswirtschaftlich gesehen behindert, weil die Realwirtschaft den Renditehunger des alles überschattenden Finanzsektors stillen muss. Die Finanzvermögen sind in der Schweiz seit der grossen Deregulierungswelle im Finanzsektor in den 1980er-Jahren bereits auf mehr als ein Vierfaches des Schweizer BIPs angewachsen. Die Verzinsung dieser gigantischen Masse an Kapitalanlagen kann jedoch nur aus der Realwirtschaft geleistet werden, da nur dort auch echte Werte geschaffen werden.

Rund 80% des vom Bankensektor geschaffenen Buchgeldes fliesst ohne Umwege direkt in die Finanzmärkte und schafft dort Finanzblasen gigantischen Ausmasses. Die kaufkräftige Geldmenge M1 wuchs in der Schweiz zwischen 1990 und 2012 um etwa 121%, wohingegen das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Marktpreisen um nur etwa 31% anstieg; das reale BIP erhöhte sich sogar nur um etwa 24%. Daraus ist ersichtlich, dass ein Grossteil des neu geschöpften Geldes in Finanzinvestments wie Aktien, Immobilien, Derivate, etc. geflossen ist. Investitionen im Finanzsektor versprechen aus Sicht der Banken schneller höhere Renditen im Vergleich zum niedrigeren und vor allem langfristigen Investitionshorizont der Realwirtschaft.

Die Vollgeld-Initiative setzt ursächlich an der Wurzel dieses Wachstums- respektive Verschuldungsmechanismus an: Mit Umsetzung der Vollgeld-Initiative wird das Geldsystem von seiner überwiegend schuldbehafteten Grundlage in Form von Krediten befreit und schrittweise in ein schuldfreies Geldsystem ohne Zins- und Tilgungszwang überführt. Dieses Geld besteht als eigenständige Grösse unabhängig von den Banken und wird einzig von der unabhängigen Nationalbank erzeugt und in Umlauf gebracht. **Wenn das Geldsystem aus sich selbst heraus nicht ständig wachsen muss, kann auch die Realwirtschaft von einem gewichtigen Wachstumstreiber befreit werden.** Die Gewinne und erwirtschafteten Überschüsse aus der Realwirtschaft müssen dann nicht mehr die dauernde Verzinsung der Finanzvermögen leisten, sondern können für realwirtschaftlich nachhaltiges Wachstum verwendet werden.

Vollgeld, das durch Staatsausgaben oder eine Bürgerdividende in Umlauf kommt, existiert wie Bargeld schuldfrei. Dadurch erhöht sich letztlich auch das Eigenkapital aller Unternehmen,

staatlichen Einrichtungen und Privatpersonen. Familienunternehmen können sich eher halten. Je weniger fremde, nur am Shareholder Value interessierte Eigentümer eines Unternehmens vorhanden sind, umso geringer ist der Wachstumsdruck und umso mehr ist nachhaltiges Wirtschaften möglich.

Mit Vollgeld kann das Geldmengenwachstum von einer dem Gesamtinteresse verpflichteten Nationalbank am realen Wirtschaftswachstum ausgerichtet werden, und nicht an den Begehrlichkeiten der Finanzindustrie. Das wird die Nationalbank in engem Kontakt mit den Geschäftsbanken bzw. den kreditnachfragenden Unternehmungen tun. Aber im Unterschied zum heutigen System, in welchem die Nationalbank immer nur reagieren kann, wird sie neu wieder auch effektiv agieren können.

Rohstoffspekulationen systemisch beenden – den Geldhahn zudrehen!

Die Grünen setzen sich schon lange für einen verantwortungsvollen Handel mit Nahrungsmitteln sowie mit Rohstoffen ein. Der Schweiz kommt hier eine besondere Rolle zu, denn die Genfer Rohstoffbörse gehört zu den grössten der Welt: *„Die Schweiz agiert als grösster Offshore-Finanzplatz und zweitgrösster Rohstoffhandelsplatz der Welt.“* Die Grünen fordern deshalb, *„dass die in der Schweiz ansässigen Multis ihre Verantwortung für eine nachhaltig globale Entwicklung entsprechend ihrer Grösse wahrnehmen und nicht weiter in die eigene Tasche wirtschaften“ (S. 23).*

Bei der soeben abgelehnten Spekulationsstop-Initiative haben die Grünen genau diese Position mitvertreten. Rückblickend kann argumentiert werden, dass die Initiative aufgrund ihrer weitreichenden Verbote und speziellen Regulierungsmassnahmen nicht mehrheitsfähig war. Die Problematik besteht jedoch ungebrochen.

Eine Lösung findet sich im vorgeschlagenen Verfassungartikel 99.4 der Vollgeld-Initiative. Darin heisst es unter anderem: *“Das Gesetz ordnet den Finanzmarkt im Gesamtinteresse des Landes. Es regelt insbesondere: b) die Aufsicht über die Geschäftsbedingungen der Finanzdienstleister. c) die Bewilligung und die Beaufsichtigung von Finanzprodukten. Sowie e) die Begrenzung des Eigenhandels.“* Der Finanzmarkt wird hier als *Service public* geregelt – der Gesetzgeber kann entsprechende Gesetze erlassen.

Da Rohstoffbörsen Teil des Finanzmarktes sind, fallen auch sie unter die allfälligen Bestimmungen der Ausführungsgesetzgebung. Die Grünen können ihre Forderungen im legislativen Prozess dann politisch vertreten und entsprechende Gesetzesmassnahmen in Bezug auf die Rohstoff- und Offshore-Finanzmärkte einbringen. Denkbar wäre, dass ethische Richtlinien für die Kreditvergabe geschaffen werden. Banken und andere Finanzakteure dürften dann nicht mehr in ethisch fragwürdige Finanzgeschäfte investieren.

Ausführliche weitere Informationen finden Sie auf unserer Website: www.vollgeld-initiative.ch

Initiativtext mit Erläuterungen: www.vollgeld-initiative.ch/erlaeuterungen

Kernbotschaften der Initiative: www.vollgeld-initiative.ch/kernbotschaften

Antworten auf über 100 Fragen: www.vollgeld-initiative.ch/fragen/